

Der Weg zur Knechtschaft *reloaded*

Autoritarismus inmitten der Krise

1. Einführung

»Es ist ernst. Nehmen Sie es auch ernst. Seit der Deutschen Einheit, *nein, seit dem Zweiten Weltkrieg* gab es keine Herausforderung an unser Land mehr, bei der es so sehr auf unser gemeinsames solidarisches Handeln ankommt«, postulierte Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Ansprache an die Öffentlichkeit in Deutschland zur gesundheitspolitischen Krise infolge des Corona-Virus am 18. März 2020 (vgl. Bundesregierung 2020, Herv. hinzugefügt). Von den vielfältigen Folgen, die der Ausbruch des Corona-Virus in den vergangenen Monaten mit sich gebracht hat, ist vielleicht keine so heftig debattiert worden wie die Einschränkung politischer und bürgerlicher Freiheiten weltweit. Von den Vereinigten Staaten über Westeuropa bis hin zu wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern haben Regierungen ähnliche Maßnahmen ergriffen: Mit dem Ziel, die öffentliche Gesundheit zu gewährleisten, wurden politische Vorgaben umgesetzt, die von vollständiger Abriegelung und Ausgangssperren bis hin zu kleineren Einschränkungen der Versammlungsfreiheit reichen, um soziale Interaktionen und damit die Rate der Virusübertragung einzudämmen.

Die weltweiten Reaktionen auf das Corona-Virus zeigen einmal mehr, dass politische Entscheidungen mit bestehenden Problemlagen nicht eins zu eins korrespondieren. Denn: Gesellschaftliche Realitäten rufen nicht notwendigerweise nur *eine* politische Strategie hervor, sondern können zu einer Vielzahl von unterschiedlichen politischen Reaktionen führen. In Ländern, in denen die Rechtsstaatlichkeit (stärker) gefestigt ist, zeigen die gefundenen Kompromisse zwischen bürgerlichen Freiheiten und politischem Handlungsbedarf einen behutsamen Umgang mit der Krise. Die folgende Aussage von Bundeskanzlerin Merkel ist dafür bezeichnend: »(...) solche Einschränkungen [der Reise- und Bewegungsfreiheit, d. Verf.] sind nur in der absoluten Notwendigkeit zu rechtfertigen. Sie sollten in einer Demokratie nie leichtfertig und nur temporär beschlossen werden – aber sie sind im Moment unverzichtbar, um Leben zu retten« (ebd.). Ein ganz anderes Bild ergibt sich jedoch in Ländern, in denen die Rechtsstaatlichkeit weniger stark ausgeprägt und verankert ist. Nicht selten findet sich dort aus Anlass der ›Corona-Krise‹ wenig Zurückhaltung bei der Beschniedung politischer Freiheiten. Vielmehr nutzen Regierende die Pandemie als Rechtfertigung für die Einschränkung und teilweise Aufhebung politischer Rechte. Im Untertitel einer Ausgabe vom April 2020 beschrieb das Magazin ›The Economist‹ einen gemeinsamen Trend, der in verschiedenen Ländern auftritt, als »a pandemic of power grabs« – »eine Pandemie der Machtballung«. Einige Beispiele aus dieser Ausgabe des ›Economist‹

unterstreichen das globale Ausmaß dieses Phänomens: In Hongkong wurden pro-demokratische Aktivisten verhaftet, und es gab Einschränkungen des Grundgesetzes (Basic Law), das Hongkongs Unabhängigkeit und Freiheiten garantiert; in Ungarn hat das Parlament seinem Premierminister Viktor Orban nahezu unbegrenzte Befugnisse auf unbestimmte Zeit eingeräumt; in Indien wurden Muslime für die Verbreitung des Virus verantwortlich gemacht, wobei die nationalistische Hindu-Regierung die Diskriminierung von Muslimen förderte; in Uganda haben polizeiliche Behörden mit der Behauptung, sexuelle Minderheiten hätten gegen die Regeln des ›Social Distancing‹ verstößen, Razzien durchgeführt; in Aserbaidschan hat der Präsident des Landes angekündigt, soziale Distanzierung zu betreiben, um die politische Opposition zu isolieren; und in El Salvador hat sich der Präsident offen über einen Beschluss des Obersten Gerichtshofs hinweggesetzt, der die willkürliche Inhaftierung von Bürgern untersagt (vgl. The Economist 2020). Diese und zahlreiche andere Beispiele zeigen einen Trend auf, der von Donald Trump, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, in fast schon zynischer Weise auf die Spitze getrieben wurde, indem er (ungeachtet der bestehenden und funktionierenden rechtsstaatlichen Ordnung) verkündete, die »total authority« (Colvin et al. 2020) zu beanspruchen. Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro behauptete gar in absolutistischer Weise: »Ich bin die Verfassung« (Glüsing 2020). Die Corona-Krise wurde vielfach als willkommener Anlass genutzt, um den Rechtsstaat zu schwächen und politische Freiheiten einzuschränken.

Die Beschneidung liberaler Rechte und die parallele Zunahme autoritärer und autokratischer Politiken sind kein neues Phänomen. Angela Merkels Hinweis auf den Zweiten Weltkrieg zu Beginn dieses Beitrags erinnert an Friedrich August von Hayeks Sorge Anfang der 1940er-Jahre, dass der damals tobende Krieg zum Niedergang des Liberalismus und zur Abschaffung liberaler Rechte auch nach Beendigung des Krieges führen könnte. Hayek war besorgt, dass der für viele so attraktive sozialistische Zeitgeist letztlich zu einer intellektuellen Gemengelage führen würde, in der selbst westliche Gesellschaften den ›Weg zur Knechtschaft‹ (WzK) (Hayek 2007 [1944]) einschlagen würden.

Diese Position Hayeks, aber auch die genaue Intention seiner Schrift, war nicht nur bei seiner Veröffentlichung im Jahr 1944 umstritten; sie ist auch heute noch Gegenstand von Debatten. Sicher ist, dass Hayeks Warnung vor dem Hintergrund der Zeit in den 1940er-Jahren verstanden werden muss, einer Zeit, in der der Sozialismus als eine gangbare Alternative angesehen wurde. Zwar wird auch im 21. Jahrhundert der Sozialismus diskutiert, aber im Vergleich zur Mitte des 20. Jahrhunderts ist er kaum noch politische Wirklichkeit. Aber auch unabhängig vom Sozialismus besteht, wie Hayek gesehen hat, die prinzipielle Gefahr, dass Maßnahmen, die in einer Krise ›funktionieren‹, auch in der Zeit nach der Krise unbesehen beibehalten werden. Angesichts der Herausforderungen, denen die Rechtsstaatlichkeit in den letzten Monaten in vielen Teilen der Welt ausgesetzt war und ist, ist es hilfreich, auf Hayeks WzK und die damalige Auseinandersetzung damit zurückzublicken, um erneut vor einem ›Weg zur Knechtschaft‹ zu

warnen: vor einem Weg, bei dem Regierungseliten die Krise zu ihrem eigenen Vorteil nutzen, indem sie liberale Rechte zurückschrauben.

2. Der ›ursprüngliche‹ *Weg zur Knechtschaft*: Überholt für das 21. Jahrhundert?

Es herrscht eine bemerkenswerte Unklarheit darüber, was Hayek mit seinem ›Weg zur Knechtschaft‹ eigentlich sagen wollte. WzK wurde innerhalb der Wissenschaft recht kritisch aufgenommen – eine Kritik, die bis in die Gegenwart hineinreicht. In den 1940er-Jahren waren die wesentlichen Kritikpunkte, (i) dass Hayek die Mängel des freien Marktsystems nicht angemessen erkannte und ein romantisierter Bild des Liberalismus des 19. Jahrhunderts zeichnete (vgl. Friedrich 1945; Schumpeter 1946); (ii) dass die Verbindung, die Hayek zwischen Sozialismus und Totalitarismus herstellte, letztlich falsch sei (vgl. Pigou 1944; Smith 1945; Friedrich 1945); (iii) dass Hayek nicht erkannte, wie Planung demokratisch umgesetzt werden könnte (vgl. Keynes 1980 [1944]; Finer 1946 [1945]; Wootton 1945); (iv) dass Hayek lediglich kritisierte, ohne ein positives politisches (Gegen-)Programm anzubieten (vgl. Keynes 1980 [1944]; Knight 2007 [1943]); und (v) dass Hayek nicht erkannt habe, dass ein ›Mittelweg‹ zwischen einer streng liberalen und einer streng sozialistischen Ordnung möglich sei (vgl. Keynes 1980 [1944]; Guillebaud 1944; Greene 1945). Die häufigste zeitgenössische Kritik betrifft Hayeks angebliches ›slippery slope-Argument‹ und sein scheinbares Versäumnis, die Möglichkeit moderner Wohlfahrtsstaaten in Betracht zu ziehen, staatliches Handeln in der Wirtschaft aufrechterhalten zu können, ohne dem Totalitarismus zu erliegen (vgl. Alves/Meadowcraft 2014). Ähnlich argumentierte Paul Samuelson (2009: 3) vor einigen Jahren in Bezug auf die skandinavischen Sozialdemokratien: »Where are their horror camps? Have the vilest elements risen there to absolute power? When reports are compiled on ›measurable unhappiness‹, do places like Sweden, Denmark, Finland and Norway best epitomize serfdoms? No. Of course not.«

Die Uneinigkeit darüber, was Hayek tatsächlich gemeint und beabsichtigt haben soll, spiegelt sich in diesen unterschiedlichen Darstellungen wider. In einer Anmerkung, die auch heute noch zutrifft, bemerkte John Scoon, Mitarbeiter des Verlags der University of Chicago, im Jahr 1945: »Bitterness about the book has increased as time has gone by, rising to new heights as the book has made more of an impression. (People still tend to go half-cocked about it; why don't they read it and find out what Hayek actually says!)« (zit. n. Caldwell 2019: 49). Eine sorgfältige Lektüre und Interpretation seiner Schrift lässt jedoch keinen Zweifel darüber zu, dass Hayek im Wesentlichen den Sozialismus in einem strengen Sinne kritisierte – verstanden als »the abolition of private enterprise, of private ownership of the means of production, and the creation of a system of ›planned economy‹ in which the entrepreneur working for profit is replaced by a central planning body« (Hayek 2007 [1944]: 83). Bezeichnenderweise ist sein Buch auch »den Sozialisten aller Parteien« gewidmet. So stellt auch Caldwell (2019: 45) fest:

»Progressives who favored more government intervention would counter that many countries in Western Europe and elsewhere had expanded the size of the welfare state and not experienced any of the horrors that Hayek described. But in the book Hayek's target was not them, but those who were promoting full nationalization of production.« Dies ist für unsere weitere Argumentation wichtig: Hayeks Warnung gilt nicht primär der *Zwangsläufigkeit* des Totalitarismus, im Zentrum seiner Überlegungen steht also nicht ein »slippery slope-Argument« (vgl. auch Boettke 2018), sondern die Sorge, dass, sobald der Staat in der Wirtschaft aktiv wird (zumal in einer Krise mit guten Gründen), eine Spannung zwischen zentralistischer Wirtschaftsplanung und liberalen Institutionen und Rechten entsteht, die (insbesondere nach dem Ende der Krise) für eine freie und offene Gesellschaft eine Herausforderung darstellt. Hierin, so unser Argument, liegt die eigentliche Bedeutung des WzK für eine Welt im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts.

3. Ein neuer Weg zur Knechtschaft: ›Den Autoritären aller Parteien‹

Zwar mag die Botschaft des ursprünglichen WzK zeitlich und örtlich mit seinem Publikum, das aus ›den Sozialisten aller Parteien‹ besteht, verortet sein, aber eine wichtige Botschaft der Schrift – die Logik und Eigendynamik des Totalitarismus nachzuweisen, wie sie auch dem Kapitelnamen ›Why the Worst Get on Top‹ zu entnehmen ist – ist auch 2020 noch aktuell: Während es unwahrscheinlich ist, dass der Sozialismus im 21. Jahrhundert wieder erstarken und die aktuelle liberale politische Ordnung erfolgreich herausfordern wird, stellen (auch mehr oder minder kapitalistische) Autokratien liberale Werte in ähnlicher Weise in Frage. In einer Zeit, in der Machthaber versuchen, an ihrer Macht festzuhalten, sie zu sichern und auszudehnen, sehen wir die Gefahr, dass sich in manchen Regionen ein neuer ›Weg zur Knechtschaft‹ am Horizont abzeichnen könnte – und zwar immer dann, wenn Krisen als Instrument eingesetzt werden, um liberale Rechte aufzuheben oder zu schwächen, um so die Position von Regierungseliten mit illiberalen Mitteln zu festigen und zu stärken – und zwar über die konkrete Krise hinaus. Die gesellschaftlichen Spannungen, mit denen wir heute konfrontiert sind, ähneln auf unheimliche Weise dem, was Hayek in den 1940er-Jahren beschrieb. Das Perfide an der Dynamik, wie sie Hayek nachzeichnet, ist, dass eine ›Krise‹ – unabhängig davon, ob es sich um einen Weltkrieg oder eine Krise der öffentlichen Gesundheit handelt – mit guten Gründen eine *vorübergehende* Einschränkung bis hin zur Aussetzung bestimmter Werte und Rechte erforderlich macht, die für eine liberale Gesellschaft eigentlich grundlegend sind. Häufig fehlt in Gesellschaften das Gespür dafür, dass diese Einschränkungen politischer Freiheiten nicht automatisch auslaufen, sondern überdauern. Zudem: Ähnlich wie Hayek (1994: 119) argumentierte, dass die Notwendigkeit der Kriegszeitplanung nicht bedeutet, dass nach dem Krieg eine ähnliche Politik weiterverfolgt werden sollte, ist die Einsicht in die Wirksamkeit von Beschränkungen in Zeiten der Corona-Krise kein Argu-

ment dafür, dass diese Einschränkungen per se – auch nach dem Ende der Pandemie – vorteilhaft sind.

Lässt man sich von diesen grundsätzlichen Parallelen zwischen der ursprünglichen Argumentation im WzK und der gegenwärtigen Zeit überzeugen, ist es hilfreich, einige Kritikpunkte aufzugreifen, die Hayek vorgehalten wurden, die auch einen heutigen möglichen neuen Weg zur Knechtschaft besser verständlich machen. Denn: Hayek hat mit seiner Schrift nicht nur ein neues Kapitel in der Diskussion um das Verhältnis von Liberalismus und Totalitarismus sowie Autoritarismus eröffnet, sondern seine Überlegungen haben auch andere Denker dazu angeregt, zu diesen Fragen weitergehend und kontrovers Stellung zu nehmen. In dieser Hinsicht sind auch Hayeks Kritiker für das Verständnis eines möglichen neuen ›Wegs zur Knechtschaft‹ im 21. Jahrhundert relevant. Welche Kritikpunkte können Hayeks Überlegungen nun ergänzen?

Erstens: Im Gegensatz zu Hayeks Behauptung von der ›sozialistischen Wurzel des Nationalsozialismus‹ – ein Kapitel im WzK – antworteten Kritiker, dass es in Wirklichkeit eine ›national disposition‹ gewesen sei, die dazu geführt habe, dass Deutschland dem Totalitarismus erlegen sei. So postulierte T. V. Smith (1945: 226), dass diese ›Disposition‹ ausschlaggebend dafür sei, ob ein Land totalitär werden könne: »[n]o country has yet wittingly or (as he most fears) unwittingly slipped into serfdom whose presuppositions are democratic, whose customs, hopes and habits are redolent with sympathy for men and replete with respect for laws as instruments of freedom«. Carl Friedrich (1945: 575) traf einen ähnlichen Ton, indem er direkt andeutete, dass es die Disposition der »classes steeped in Prussian tradition of state regimentation which (...) produced National Socialism«. Diese Kritiken, unabhängig davon, wie gut sie den Nationalsozialismus zu erklären vermögen, betonen die Rolle von *Kultur* und *kulturellem Erbe* bei der Zerstörung liberaler Rechte. Dass Pfadabhängigkeiten bei der Erklärung von institutioneller Stabilität und Wandel eine bedeutende Rolle spielen, ist in der Institutionalismusforschung der letzten Jahrzehnte ausführlich untersucht worden (vgl. North 1990; Hall/Taylor 1996; Capoccia/Kelemen 2007; Soifer 2012; Ace moglu/Robinson 2013). Schon ein kurзорischer Überblick darüber, wie verschiedene Staaten mit der Corona-Krise umgegangen sind, offenbart, dass es tendenziell jene Gesellschaften sind, die eine weniger fest verankerte Geschichte liberaler Rechtsstaatlichkeit haben, die eher bereit waren, liberale Rechte einzuschränken. Mit anderen Worten, das Fehlen eines etablierten rechtsstaatlichen Erbes macht seine eigene Abschaffung wahrscheinlicher; das Vorhandensein des Rechtsstaates selbst, insbesondere die Aufrechterhaltung seiner Tradition in Krisensituationen, sichert hingegen seine Beibehaltung. Dies hat eine konkrete Implikation für die Politikgestaltung: Es sind nicht die ›objektiven‹ Ausgangsbedingungen zu Beginn einer Krise, die linear ein Ergebnis bestimmen, sondern vielmehr werden politische Entwicklungen wesentlich durch kulturelle und historische Umstände mitbestimmt (vgl. Zweynert/Goldschmidt 2006).

Eine zweite Kritik an Hayeks ursprünglichem Werk betrifft die Frage nach der Bildung und dem Ausmaß, wie sie das Abgleiten in den Totalitarismus verhindern kann. Anschaulich wird dieser Punkt in der Korrespondenz zwischen Hayek und John Maynard Keynes. Keynes sah in einer angemessenen Bildungssozialisierung ein Mittel zur Gewährleistung einer funktionierenden ›demokratischen Planung‹. Keynes (1980 [1944]: 387) stellt fest:

[P]lanning should take place in a community in which as many people as possible, both leaders and followers, wholly share your own moral position. Moderate planning will be safe if those carrying it out are rightly orientated in their own minds and hearts to the moral issue.

Für Hayek beruhte der ursprüngliche WzK auf einem für Entscheidungsträger unausweichlichen Entschluss, bei dem sie notwendigerweise gewisse Gruppen in der Ressourcenzuweisung begünstigten und andere benachteiligten; diese Logik, der scheinbar nicht zu entkommen war, war für Hayek jenseits von moralischer Erziehung. Dennoch ist Keynes' Vertrauen in die Macht moralischer Agenten, kollektive Entscheidungen zum Wohle der Gesellschaft zu treffen, in Bezug zum vorherigen Punkt von Bedeutung. Pfadabhängigkeiten und kulturelle Vermächtnisse sind zwar wichtig, um die (In-)Stabilität institutioneller Strukturen zu verstehen, dennoch besteht freilich kein Kulturdeterminismus. Mit anderen Worten: Entwicklungen sind alles andere als vorherbestimmt – auch ein bestimmtes kulturelles Erbe garantiert in Krisenzeiten kein spezifisches gesellschaftliches Ergebnis. Dies impliziert konkret, dass – um den ›Weg zur Knechtschaft‹ im 21. Jahrhundert zu vermeiden – Bildung in Gesellschaften eine entscheidende Rolle spielt. Liberale Gesellschaften können nicht erwarten, dass Rechtsstaatlichkeit und liberale Regierungsführung ex nihilo entstehen und sich fortlaufend selbst festschreiben; vielmehr obliegt es Gesellschaften, Bürgerbeteiligung zu stärken, die Achtung liberaler Demokratie zu fördern, um sicherzustellen, dass die Werte, die dem Liberalismus zugrunde liegen, kontinuierlich gestärkt werden.

Drittens wurde die von Hayek skizzierte vermeintlich strikte institutionelle Trennung zwischen einer vollständig sozialistischen Ordnung und einer freien Marktordnung von Kritikern als Vernachlässigung der Möglichkeit eines ›middle way‹ aufgefasst (vgl. Guillebaud 1944; Greene 1945; Keynes 1980 [1944]). Dieser Einwand ist vor allem deshalb interessant, da er die Perspektive infrage stellt, dass Staat und Markt gegensätzliche, sich gegenseitig ausschließende Entitäten darstellen. Im Kontrast dazu sind wir der Meinung, dass Staat und Markt komplemätre Phänomene sind – eine Ansicht, die sich im Übrigen auch beim (späteren) Hayek finden lässt (vgl. Hayek 2011 [1960]; Hayek 2013 [1973–1979]; Vanberg 2008). Da der Staat eine konstitutive Rolle in der Herbeiführung, Umsetzung und Durchsetzung formaler Institutionen übernimmt, hat er einen direkten Einfluss auf das Handeln im privaten Bereich. Dies gilt umso mehr in Fällen unerwarteter exogener Schocks für das Wirtschaftssystem – wie jetzt in der Corona-Krise deutlich wird –, wenn private Akteure nicht allein in der Lage sind, die wirtschaftlichen Folgen öffentlicher Krisen zu bewältigen. Es ist in diesem Aufsatz nicht mög-

lich, das Verhältnis zwischen privatem und öffentlichem Handeln ausgiebig zu diskutieren; wir betrachten unsere Auffassung des Verhältnisses von Markt und Staat allerdings auf diese Weise als einen ›Mittelweg‹, nicht im quantitativen, sondern im qualitativen Sinne. Tatsächlich stellte dies eine der wichtigsten Einsichten und bestimmenden Merkmale des Hayek'schen Liberalismus (vgl. 2011 [1960]) und des Ordoliberalismus (vgl. Eucken 2004 [1952]) in der Nachkriegszeit dar: Nicht das Ausmaß der Staatstätigkeit an sich ist entscheidend, sondern vielmehr der Bereich und die Art und Weise, in der der Staat tätig ist. In seinen Vorträgen, die Walter Eucken auf Einladung von Friedrich August von Hayek 1950 an der London School of Economics gehalten hat, die posthum unter dem Titel ›Unser Zeitalter der Misserfolge‹ erschienen sind und in denen es im Wesentlichen um die Lehren aus den Krisen von Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg geht, hat es Eucken auf den Punkt gebracht: »Ob wenig oder mehr Staatstätigkeit, diese Frage geht am Wesentlichen vorbei. Es handelt sich nicht um ein quantitatives Problem, sondern um ein qualitatives Problem. (...) Der Staat hat die *Formen*, in denen gewirtschaftet wird, zu beeinflussen, aber hat nicht *Wirtschaftsprozess* selbst zu führen« (Eucken 1951: 72, Herv. im Original).

Was sagt dies alles über die Gefahren eines neuen WzK aus? Vor allem hat der Staat eine wichtige Rolle bei der Krisenbewältigung zu spielen. Beispiele wie Brasilien, wo die Regierung aus Angst, für die schlechte Wirtschaftsleistung verantwortlich gemacht zu werden, zurückhaltend ist, Einschränkungen im wirtschaftlichen Bereich durchzusetzen, und die Bedenken der öffentlichen Gesundheit herunterspielt, bereiten den Boden für die generelle Vermutung, dass staatliches Handeln dem allgemeinen Wohlbefinden abträglich sein würde. Umgekehrt wird in der Annahme, dass die Corona-Krise einmal mehr die Unzulänglichkeit der Marktwirtschaft deutlich gemacht habe und nun eine Ära einleiten wird, in welcher der Staat zunehmend die Aufgabe hat, die Bereitstellung von Ressourcen zu steuern (wie dies derzeit in vielen Ländern im Bereich der Bereitstellung medizinischer Geräte und Schutzkleidung diskutiert wird), die wesentliche Bedeutung von Märkten für die Allokation von Ressourcen verkannt. Die Effektivität staatlichen Handelns in außergewöhnlichen, kaum prognostizierbaren Krisen-Zeiten ist ein schlechter Ratgeber für den effizienten Einsatz von Ressourcen in Nicht-Krisen-Zeiten. Beide Positionen erinnern an den ›Nirvana-Ansatz‹ (vgl. Demsetz 1969), bei dem reale, unvollkommene Institutionen mit idealisierten Alternativen verglichen werden. Perspektiven, wonach die Corona-Krise die Unzulänglichkeiten des Kapitalismus aufzeigt, die nun durch eine staatliche Steuerung des wirtschaftlichen Lebens ersetzt werden müssen, sind ebenso töricht wie die Ansicht, dass allein der Markt die gesellschaftlichen Probleme im Kontext solcher exogenen Schocks lösen wird.

4. Schlussfolgerung

Das Corona-Virus hat das Fundament liberaler Gesellschaften erschüttert, da es Regierungen dazu bewegt hat, aus Sorge vor den ungewissen Auswirkungen der Pandemie politische Rechte einzuschränken. Gleichzeitig wussten Populisten in aller Welt, die Krise für sich zu nutzen. Was Populisten häufig Zulauf bereitet, ist die Identifizierung eines genuinen Problems, für welches sie simplizistische Lösungen zu komplexen Fragestellungen anbieten. Wir haben in diesem Aufsatz argumentiert, dass die Corona-Krise Regierungseliten in aller Welt ermutigt hat, ›die Krise zu nutzen‹, um liberale Rechte abzubauen, was zu einem neuen ›Weg zur Knechtschaft‹ führen kann. Wir haben diese Formulierung aus zwei Gründen absichtlich gewählt: erstens, weil ›die Logik des Totalitarismus‹, die Hayek im ursprünglichen WzK angedeutet hat, eindeutig auch für die Autokratie im 21. Jahrhundert gilt. Zweitens, weil die Kritiken, die sich gegen sein ursprüngliches Werk richteten, bemerkenswert weitsichtig für eine Anwendung und Weiterentwicklung der Hayek'schen Ideen auf unsere heutige Zeit sind.

Doch ist auch heute der WzK alles andere als unausweichlich. Ganz entschieden behaupten wir eben nicht, dass diese aktualisierte Version des WzK eine ausgemachte Sache ist. Nicht alle Staaten bauen politische Freiheiten ab; hinzu kommt, dass wir bei denjenigen Staaten, die diesen Weg gehen, Unterschiede in der Art und Weise beobachten können, wie sie dabei vorgehen. Dennoch: Der Abbau der Rechtsstaatlichkeit und liberaler Rechte in einigen Gesellschaften ist besorgniserregend. Nicht minder dramatisch ist das Spiel mit autokratischen Argumenten und einer populistisch motivierten Spaltung der Gesellschaft – wie wir sie derzeit in den Vereinigten Staaten beobachten. Gesellschaften sind aber nicht hilflos, wenn es darum geht, auf diese Herausforderungen zu reagieren. Es klingt pauschal, ist aber unverzichtbar: Eine aktive öffentliche Politik, Bürgerbeteiligung und die Würdigung der Werte, die der liberalen Demokratie zugrunde liegen, aber auch die Reaktion auf öffentliche Krisen durch geeignete wirtschaftliche Maßnahmen können uns die Hoffnung geben, dass wir den ›Weg zur Knechtschaft‹ im 21. Jahrhundert nicht gehen werden.

Literaturverzeichnis

- Acemoglu, D./Robinson, J. A. (2013): *Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity, and Poverty*, London: Profile Books.
- Alves, A./Meadowcraft, J. (2014): Hayek's Slippery Slope, the Stability of the Mixed Economy and the Dynamics of Rent Seeking, in: *Political Studies*, Vol. 62/No. 4, 843–861.
- Boettke, P. J. (2018): *F. A. Hayek: Economics, Political Economy and Social Philosophy*, London: Palgrave Macmillan.
- Bundesregierung (2020): Fernsehansprache von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Link: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975232/1732182/d4af29ba76f62f61f1320c32d39a7383/fernsehansprache-von-bundeskanzlerin-angela-merkel-data.pdf?download=1> (zuletzt abgerufen am 23.05.2020).

- Caldwell, B.* (2019): The Road to Serfdom After 75 Years. Center for the History of Political Economy Working Paper No. 2019-13. Link: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3431183 (last access on June 2nd, 2020).
- Capoccia, G./Kelemen, R. D.* (2007): The Study of Critical Junctures: Theory, Narrative, and Counterfactuals in Historical Institutionalism, in: *World Politics*, Vol. 59/No. 3, 341–369.
- Colvin, J./Miller, Z./Mulvihill, G.* (2020): ‘The Authority’ is Total: Trump Says He’s Calling the Shots on Coronavirus Rules. Link: <https://globalnews.ca/news/6811117/coronavirus-fa-uci-trump/> (last access on June 26th, 2020).
- Demsetz, H.* (1969): Information and Efficiency: Another Viewpoint, in: *Journal of Law and Economics*, Vol. 12/No. 1, 1–22.
- Eucken, W.* (1951): *Unser Zeitalter der Mißerfolge*, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Eucken, W.* (2004 [1952]): *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Finer, H.* (1946 [1945]): *Road to Reaction*, London: Dennis Dobson Limited.
- Friedrich, C. J.* (1945): Book Review: *The Road to Serfdom*, in: *The American Political Science Review*, Vol. 39/No. 3, 575–579.
- Glüsing, J.* (2020): Auf dem Weg in die Diktatur. Link: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/brasilen-jair-bolosnaro-nutzt-corona-um-die-demokratie-zu-demontieren-a-ebcb7645-e526-458f-95b3-d424b0e69eec> (zuletzt abgerufen am 26.06.2020).
- Greene, L. M.* (1945): The Road to Confusion, in: *American Journal of Economics and Sociology*, Vol. 5/No. 1, 134–135.
- Guillebaud, C. W.* (1944): Book Review: *The Road to Serfdom*, in: *Economica*, Vol. 11/No. 44, 215.
- Hall, P./Taylor, R.* (1996): Political Science and the Three New Institutionalisms, in: *Political Studies*, Vol. 44/No. 5, 936–957.
- Hayek, F. A.* (1994): *Hayek on Hayek: An Autobiographical Dialogue*, in: Kresge, S./Wenar, L. (Eds.), Indianapolis: Liberty Fund.
- Hayek, F. A.* (2007 [1944]): *The Road to Serfdom: The Definitive Edition*, in: Caldwell, B. (Ed.), Chicago: University of Chicago Press.
- Hayek, F. A.* (2011 [1960]): *The Constitution of Liberty*, in: Hamowy, R. (Ed.), Chicago: University of Chicago Press.
- Hayek, F. A.* (2013 [1973–1979]): *Recht, Gesetz und Freiheit. Eine Neufassung der liberalen Grundsätze der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie*, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Keynes, J. M.* (1980 [1944]): To Professor F. A. Hayek, in: Moggridge, D. (Ed.): *Activities 1940–1946, Shaping the Post-War World: Employment and Commodities*, Cambridge: Cambridge University Press, 385–388.
- Knight, F.* (2007 [1943]): Reader’s Report by Frank Knight, in: Caldwell, B. (Ed.): *The Road to Serfdom*, Chicago: University of Chicago Press, 249–250.
- North, D.* (1990): *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Pigou, A. C.* (1944): Book Review: *The Road to Serfdom*, in: *The Economic Journal*, Vol. 54/No. 214, 217–219.
- Samuelson, P. A.* (2009): A Few Remembrances of Friedrich von Hayek (1899–1992), in: *Journal of Economic Behavior & Organization*, Vol. 69, 1–4.
- Schumpeter, J.* (1946): Book Review: *The Road to Serfdom*, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 54/No. 3, 269–270.
- Smith, T. V.* (1945): Book Review: *The Road to Serfdom*, in: *Ethics*, Vol. 55/No. 3, 224–226.
- Soifer, H. D.* (2012): The Causal Logic of Critical Junctures, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 45/No. 12, 1572–1597.
- The Economist* (2020): Protection Racket, 25.04.2020, 48–50.

- Vanberg, V. (2008): Markt und Staat in einer globalisierten Welt: Die ordnungsökonomische Perspektive, in: ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Vol. 59/No. 1, 3–29.*
- Wootton, B. (1945): Freedom Under Planning, Chapel Hill: University of North Carolina Press.*
- Zweynert, J./Goldschmidt, N. (2006): The Two Transitions in Central and Eastern Europe as Processes of Institutional Transplantation, in: Journal of Economic Issues, Vol. 40/No. 4, 895–918.*